



Haushalt: Plus dank Mehreinnahmen und geringer Ausgaben

Finanzministerin Doris Ahnen gab Mitte Januar in Mainz den vorläufigen Haushaltsabschluss des Landes für das Jahr 2019 bekannt: „Wir konnten im vergangenen Jahr einnahmeseitig nochmals von einer weiterhin guten Konjunktur profitieren. Gleichzeitig konnte der Anstieg der Ausgaben über alle Bereiche des Landeshaushalts begrenzt werden. Insgesamt übertraf der vorläufige Haushaltsabschluss die Planungen um 1,019 Milliarden Euro. Damit konnte das gute Ergebnis von 2018 noch übertroffen werden. Dabei ist es auch gelungen, die Investitionsausgaben im Kernhaushalt auf über eine Milliarde Euro zu steigern.“

250 Millionen Euro der Mittel aus dem Haushaltsabschluss würden der Haushaltsicherungsrücklage zugeführt. Die Schulden des Landes würden um 859 Millionen Euro zurückgeführt. Ursprünglich geplant war eine Tilgung von 90 Millionen Euro. „Damit verbessern wir die Landesfinanzen und treffen Vorsorge für die Zukunft, auch angesichts des Anstiegs der Ausgabereise“, so die Finanzministerin. Der Haushalt im Jahr 2019 konnte auch strukturell ausgeglichen werden. Die strukturelle Nettotilgung betrage 440 Millionen Euro.

Insgesamt lagen die Einnahmen im Jahr 2019 mit 18,469 Milliarden Euro um 503 Millionen Euro über den Erwartungen. Dabei habe es sich vor allem um konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen gehandelt.

Die Gesamtausgaben stiegen 2019 um 789 Millionen Euro beziehungsweise 4,8 Prozent auf insgesamt 17,211 Milliarden Euro. Das seien 515 Millionen Euro weniger als geplant. Hierzu hätten insbesondere niedrigere Zinsausgaben beigetragen. Die ausgezahlten Investitionsmittel im Kernhaushalt seien gegenüber 2018 um 19 Prozent (+ 158 Millionen Euro) auf über eine Milliarde Euro gestiegen.

An die Kommunen habe das Land 2019 insgesamt rund 5,9 Milliarden Euro ausbezahlt. Dies entspräche rund einem Drittel aller Ausgaben im Haushalt. **AS/FM.RLP**

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de

Handwerkskammern stellen sich hinter Fotografen

POLITIK: Dürfen Passbilder auch in Zukunft von Berufsfotografen angefertigt werden? Handwerkskammern fordern Lösungen, welche die Interessen der Betriebe berücksichtigen

VON ANDREAS SCHRÖDER

Ein Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums hat Anfang des Jahres unter Berufsfotografen zu großer Verunsicherung geführt. Das Papier sah vor, dass Bilder für Reisepässe und Personalausweise in Zukunft nur noch direkt von den ausstellenden Behörden hätten angefertigt werden dürfen. Der Bundesregierung geht es bei dem Vorstoß darum, dass mit so genanntem „Morphing“ manipulierte Bilder nicht für Ausweisdokumente verwendet werden können. Man möchte so Missbrauch verhindern. Aber für viele handwerkliche Fotografen, die nicht selten bis zu 20 Prozent ihres Umsatzes mit Passbildern machen und bis zu 40 Kunden am Tag betreuen, hätte das den Todesstoß bedeutet. Inzwischen scheint Bundesinnenminister Horst Seehofer von dem ursprünglichen Vorhaben abgekommen zu sein. Das Ministerium prüfe Alternativen, heißt es. Bei der Arbeitsgemeinschaft der vier rheinland-pfälzischen Handwerkskammern Koblenz, Pfalz, Rheinhessen und Trier bleibt man aber weiter wachsam. Mit einem Schreiben an Landesinnenminister Roger Lewentz und an Dr. Volker Wissing, den Wirtschaftsminister des Landes, forderten die Kammern die

rheinland-pfälzische Landesregierung dazu auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass tatsächlich andere Mittel gewählt werden, um das Ziel von mehr Sicherheit zu erreichen.

Das so genannte „Morphing“ ist, vereinfacht gesagt, eine Technik, die es ermöglicht, zwei Gesichter zu einem Gesicht digital zu vereinen. Das neue Bild weist dann die Gesichtszüge beider Personen auf. Mit dem bloßen Auge ist das nicht immer zu erkennen, Software zur Gesichtserkennung kann aber im schlimmsten Fall auf diese Weise getäuscht werden. Letztendlich, so die Befürchtungen des Bundesinnenministeriums, könnte eine Person den Pass einer anderen Person zum Beispiel an einem Flughafen oder anderweitig zum Grenzübertritt nutzen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz kritisiert zum einen, dass das Bundesinnenministerium für die aufgeführten Gefahren keine Fallbeispiele nenne und das Problem auch nicht mit statistischen Zahlen untermauere. Vor allem werde aber keine Abwägung zwischen den Zielen der angestrebten Gesetzgebung und dem Interesse der davon betroffenen Gewerbetreibenden getroffen. „Der Entwurf begnügt sich damit, dass die

bisherige Praxis, nach der Passbewerber privat erstellte Lichtbilder einreichen, nicht mehr zukunftstauglich sei“, so die vier rheinland-pfälzischen Kammern. „Damit wären solche Betriebe in ihrer Existenz bedroht, die ganz oder zu einem großen Teil im Fotografenhandwerk Passbilder erstellen. Dies zöge selbstverständlich auch den Wegfall von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen nach sich.“

In ihrem Schreiben an Wissing und Lewentz greifen die Kammern einen Vorschlag des Zentralverbands deutscher Berufsfotografen auf, der eine elektronische Übermittlung des Bildes vom Fotografen an die ausstellende Behörde vorsieht. Wie unterschiedliche Medien berichten, prüfe das Bundesinnenministerium inzwischen vergleichbare Ansätze, nach denen „vertrauenswürdige Fotografen“ eine spezielle Zulassung erhalten könnten und dann die Bilder digital an die Passbehörde übermitteln würden.

Aus Sicht der Handwerkskammern sei in jedem Fall zu vermeiden, „dass die Existenzgrundlage der Betriebe des Fotografenhandwerks negativ beeinträchtigt wird“ und dass kein weiterer Investitions- oder Bürokratieaufwand für die Unternehmen entstehe.

Zweckentfremdung von Wohnraum kann verboten werden

Kommunen, in denen die Bevölkerung nicht mit ausreichend Wohnraum versorgt werden kann und in denen dieser Mangel nicht mit anderen zumutbaren Mitteln beseitigt werden kann, dürfen zukünftig eine so genannte Zweckentfremdungssatzung erlassen. Der rheinland-pfälzische Landtag war Ende Januar einem entsprechenden Vorstoß der Landesregierung gefolgt.

Die neue gesetzliche Regelung ermöglicht es, so genannte Fremdbeherbergungen von mehr als zwölf Wochen pro Jahr und Leerstände von mehr als sechs Monaten einzuschränken. Auch der gewerblichen Nutzung designierter Wohnimmobilien kann künftig ein Riegel vorgeschoben werden. Der Kommune bleibt es nicht nur überlassen, ob sie überhaupt eine Notwendigkeit für eine Zweckentfremdungssatzung sieht, auch wie diese im Fall der Fälle ausgestaltet wird, soll die lokale Politik entscheiden dürfen.

„Es ist unsere Verantwortung, zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit gutem und bezahlbarem Wohnraum in ganz Rheinland-Pfalz mit aller Kraft beizutragen. Der Druck auf den Wohnungsmarkt und auch auf die Preise ist insbesondere in vielen kreisfreien Städten und in ihrem Umland hoch“, erklärte Bauministerin Doris Ahnen. Mit dem Zweckentfremdungsverbot stelle das Land den betroffenen Kommunen ein zusätzliches Instrument zur Verfügung, um den vorhandenen Wohnungsbestand zu sichern, so die Ministerin. **AS**

„Ist Handwerk politisch nicht gewollt?“

NEUJAHRSEMPFANG: Fleischer kritisieren wachsende Bürokratisierung – Sieger der „Freiwilligen Selbstkontrolle“ ausgezeichnet

Ob Dokumentations- und Bonpflicht, neue Kassensysteme oder Datenschutz: Immer mehr Bürokratie, die augenscheinlich am grünen Tisch im Blick auf industrielle Großunternehmen erdacht wurde, mache es kleinen Handwerksunternehmen zunehmend schwer, den Alltag zu stemmen, kritisierte der Fleischerverband Rheinland-Rheinhausen bei seinem Neujahrsempfang im Zentrum für Ernährung und Gesundheit der Handwerkskammer Koblenz. „Ist Handwerk politisch nicht gewollt?“, fragte Landesinnungsmeisterin Dagmar Groß-Mauer. „Wir haben nichts mit der Industrie gemeinsam und brauchen eine Politik, die die kleinen und mittleren Unternehmen unterstützt“, verteidigte Sie die Position ihres Landesverbands gegenüber der Politik, die unter anderem von Daniela Schmitt, Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium des Landes, beim Neujahrsempfang vertreten wurde.

Denn an den handwerklichen Fähigkeiten mangle es nicht. Dass die Fleischer in Rheinland-Pfalz etwas von ihrem Handwerk verstehen, habe die siebte Auf-

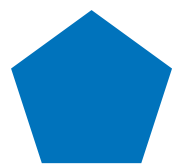
lage des Wettbewerbs „Freiwilligen Selbstkontrolle“ gezeigt. 440 Proben von 96 Mitgliedsbetrieben habe die strenge Jury unter die Lupe genommen – 352 Proben wurden mit Gold ausgezeichnet. Das freute auch Staatssekretärin Schmitt, die die Vergabe der Urkunden übernahm.

Von der Wildsalami bis zum Rosmarinschinken: Die Freiwillige Selbstkontrolle zeige eindrücklich, welche Bandbreite von Produkten das Fleischerhandwerk im Land anbiete, betonte Alexander Zeitler, Geschäftsführer des Landesverbands. „Was Ihr hereingereicht habt, war Spitze“, freute sich Zeitler.

Auf dem dritten Platz des Wettbewerbes der regionalen Produkte des Fleischerverbandes Rheinland-Rheinhausen landete die Metzgerei Schneider GmbH aus Büchel. Den zweiten Platz teilten sich die Firma Bungert Mode, Lifestyle & Genuss oHG aus Wittlich und die Familien-Fleischerei Könen GmbH & Co.KG aus Saarburg. Ganz oben auf das Siegertreppchen schaffte es die Eifelmetzgerei Willi Karst GmbH aus Uersfeld. **AS**



Vorne von links nach rechts: Landesinnungsmeisterin Dagmar Groß-Mauer, Vertreter der Siegermetzgerei Eifelmetzgerei Willi Karst GmbH aus Uersfeld, Staatssekretärin Daniela Schmitt und Geschäftsführer Alexander Zeitler. Hinten: die zweitplatzierte Familien-Fleischerei Könen GmbH & Co. KG aus Saarburg und die drittplatzierte Metzgerei Schneider GmbH aus Büchel



BerufsCheck
Verdienst-Dauer-Anforderungen

Der BerufsCheck gibt Infos über

130 Ausbildungsberufe mit

Verdienstmöglichkeit

Dauer

Anforderungen

**Deine Ausbildung
im Handwerk**



© Serhiy Kryuchenko/stockphoto.com

www.handwerksblatt.de/berufscheck

Zweckentfremdung von Wohnraum kann verboten werden

Kommunen, in denen die Bevölkerung nicht mit ausreichend Wohnraum versorgt werden kann und in denen dieser Mangel nicht mit anderen zumutbaren Mitteln beseitigt werden kann, dürfen zukünftig eine so genannte Zweckentfremdungssatzung erlassen. Der rheinland-pfälzische Landtag war Ende Januar einem entsprechenden Vorstoß der Landesregierung gefolgt.

Die neue gesetzliche Regelung ermöglicht es, so genannte Fremdbeherbergungen von mehr als zwölf Wochen pro Jahr und Leerstände von mehr als sechs Monaten einzuschränken. Auch der gewerblichen Nutzung designierter Wohnimmobilien kann künftig ein Riegel vorgeschoben werden. Der Kommune bleibt es nicht nur überlassen, ob sie überhaupt eine Notwendigkeit für eine Zweckentfremdungssatzung sieht, auch wie diese im Fall der Fälle ausgestaltet wird, soll die lokale Politik entscheiden dürfen.

„Es ist unsere Verantwortung, zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit gutem und bezahlbarem Wohnraum in ganz Rheinland-Pfalz mit aller Kraft beizutragen. Der Druck auf den Wohnungsmarkt und auch auf die Preise ist insbesondere in vielen kreisfreien Städten und in ihrem Umland hoch“, erklärte Bauministerin Doris Ahnen. Mit dem Zweckentfremdungsverbot stelle das Land den betroffenen Kommunen ein zusätzliches Instrument zur Verfügung, um den vorhandenen Wohnungsbestand zu sichern, so die Ministerin. **AS**

Handwerkskammern stellen sich hinter Fotografen

POLITIK: Dürfen Passbilder auch in Zukunft von Berufsfotografen angefertigt werden? Handwerkskammern fordern Lösungen, welche die Interessen der Betriebe berücksichtigen

VON ANDREAS SCHRÖDER

Ein Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums hat Anfang des Jahres unter Berufsfotografen zu großer Verunsicherung geführt. Das Papier sah vor, dass Bilder für Reisepässe und Personalausweise in Zukunft nur noch direkt von den ausstellenden Behörden hätten angefertigt werden dürfen. Der Bundesregierung geht es bei dem Vorstoß darum, dass mit so genanntem „Morphing“ manipulierte Bilder nicht für Ausweisdokumente verwendet werden können. Man möchte so Missbrauch verhindern. Aber für viele handwerkliche Fotografen, die nicht selten bis zu 20 Prozent ihres Umsatzes mit Passbildern machen und bis zu 40 Kunden am Tag betreuen, hätte das den Todesstoß bedeutet. Inzwischen scheint Bundesinnenminister Horst Seehofer von dem ursprünglichen Vorhaben abgekommen zu sein. Das Ministerium prüfe Alternativen, heißt es. Bei der Arbeitsgemeinschaft der vier rheinland-pfälzischen Handwerkskammern Koblenz, Pfalz, Rheinhessen und Trier bleibt man aber weiter wachsam. Mit einem Schreiben an Landesinnenminister Roger Lewentz und an Dr. Volker Wissing, den Wirtschaftsminister des Landes, forderten die Kammern die

rheinland-pfälzische Landesregierung dazu auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass tatsächlich andere Mittel gewählt werden, um das Ziel von mehr Sicherheit zu erreichen.

Das so genannte „Morphing“ ist, vereinfacht gesagt, eine Technik, die es ermöglicht, zwei Gesichter zu einem Gesicht digital zu vereinen. Das neue Bild weist dann die Gesichtszüge beider Personen auf. Mit dem bloßen Auge ist das nicht immer zu erkennen, Software zur Gesichtserkennung kann aber im schlimmsten Fall auf diese Weise getäuscht werden. Letztendlich, so die Befürchtungen des Bundesinnenministeriums, könnte eine Person den Pass einer anderen Person zum Beispiel an einem Flughafen oder anderweitig zum Grenzübertritt nutzen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz kritisiert zum einen, dass das Bundesinnenministerium für die aufgeführten Gefahren keine Fallbeispiele nenne und das Problem auch nicht mit statistischen Zahlen untermauere. Vor allem werde aber keine Abwägung zwischen den Zielen der angestrebten Gesetzgebung und dem Interesse der davon betroffenen Gewerbetreibenden getroffen. „Der Entwurf begnügt sich damit, dass die

bisherige Praxis, nach der Passbewerber privat erstellte Lichtbilder einreichen, nicht mehr zukunftstauglich sei“, so die vier rheinland-pfälzischen Kammern. „Damit wären solche Betriebe in ihrer Existenz bedroht, die ganz oder zu einem großen Teil im Fotografenhandwerk Passbilder erstellen. Dies zöge selbstverständlich auch den Wegfall von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen nach sich.“

In ihrem Schreiben an Wissing und Lewentz greifen die Kammern einen Vorschlag des Zentralverbands deutscher Berufsfotografen auf, der eine elektronische Übermittlung des Bildes vom Fotografen an die ausstellende Behörde vorsieht. Wie unterschiedliche Medien berichten, prüfe das Bundesinnenministerium inzwischen vergleichbare Ansätze, nach denen „vertrauenswürdige Fotografen“ eine spezielle Zulassung erhalten könnten und dann die Bilder digital an die Passbehörde übermitteln würden.

Aus Sicht der Handwerkskammern sei in jedem Fall zu vermeiden, „dass die Existenzgrundlage der Betriebe des Fotografenhandwerks negativ beeinträchtigt wird“ und dass kein weiterer Investitions- oder Bürokratieaufwand für die Unternehmen entstehe.



Haushalt: Plus dank Mehreinnahmen und geringer Ausgaben

Finanzministerin Doris Ahnen gab Mitte Januar in Mainz den vorläufigen Haushaltsabschluss des Landes für das Jahr 2019 bekannt: „Wir konnten im vergangenen Jahr einnahmeseitig nochmals von einer weiterhin guten Konjunktur profitieren. Gleichzeitig konnte der Anstieg der Ausgaben über alle Bereiche des Landeshaushalts begrenzt werden. Insgesamt übertraf der vorläufige Haushaltsabschluss die Planungen um 1,019 Milliarden Euro. Damit konnte das gute Ergebnis von 2018 noch übertroffen werden. Dabei ist es auch gelungen, die Investitionsausgaben im Kernhaushalt auf über eine Milliarde Euro zu steigern.“

250 Millionen Euro der Mittel aus dem Haushaltsabschluss würden der Haushaltsicherungsrücklage zugeführt. Die Schulden des Landes würden um 859 Millionen Euro zurückgeführt. Ursprünglich geplant war eine Tilgung von 90 Millionen Euro. „Damit verbessern wir die Landesfinanzen und treffen Vorsorge für die Zukunft, auch angesichts des Anstiegs der Ausgabereise“, so die Finanzministerin. Der Haushalt im Jahr 2019 konnte auch strukturell ausgeglichen werden. Die strukturelle Nettotilgung betrage 440 Millionen Euro.

Insgesamt lagen die Einnahmen im Jahr 2019 mit 18,469 Milliarden Euro um 503 Millionen Euro über den Erwartungen. Dabei habe es sich vor allem um konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen gehandelt.

Die Gesamtausgaben stiegen 2019 um 789 Millionen Euro beziehungsweise 4,8 Prozent auf insgesamt 17,211 Milliarden Euro. Das seien 515 Millionen Euro weniger als geplant. Hierzu hätten insbesondere niedrigere Zinsausgaben beigetragen. Die ausgezahlten Investitionsmittel im Kernhaushalt seien gegenüber 2018 um 19 Prozent (+ 158 Millionen Euro) auf über eine Milliarde Euro gestiegen.

An die Kommunen habe das Land 2019 insgesamt rund 5,9 Milliarden Euro ausgezahlt. Dies entspräche rund einem Drittel aller Ausgaben im Haushalt. **AS/FM.RLP**

„Ist Handwerk politisch nicht gewollt?“

NEUJAHRSEMPFANG: Fleischer kritisieren wachsende Bürokratisierung – Sieger der „Freiwilligen Selbstkontrolle“ ausgezeichnet

Ob Dokumentations- und Bonpflicht, neue Kassensysteme oder Datenschutz: Immer mehr Bürokratie, die augenscheinlich am grünen Tisch in Blick auf industrielle Großunternehmen erdacht werden, mache es kleinen Handwerksunternehmen zunehmend schwer, den Alltag zu stemmen, kritisierte der Fleischerverband Rheinland-Rheinessen bei seinem Neujahrsempfang im Zentrum für Ernährung und Gesundheit der Handwerkskammer Koblenz. „Ist Handwerk politisch nicht gewollt?“, fragte Landesinnsungsmeisterin Dagmar Groß-Mauer. „Wir haben nichts mit der Industrie gemeinsam und brauchen eine Politik, die die kleinen und mittleren Unternehmen unterstützt“, verteidigte Sie die Position ihres Landesverbands gegenüber der Politik, die unter anderem von Daniela Schmitt, Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium des Landes, beim Neujahrsempfang vertreten wurde.

Denn an den handwerklichen Fähigkeiten selbst mangle es nicht. Dass die Fleischer in Rheinland-Pfalz etwas von ihrem Handwerk verstehen, habe die siebte Auf-

lage des Wettbewerbs „Freiwilligen Selbstkontrolle“ gezeigt. 440 Proben von 96 Mitgliedsbetrieben habe die strenge Jury unter die Lupe genommen – 352 Proben wurden mit Gold ausgezeichnet. Das freute auch Staatssekretärin Schmitt, die die Vergabe der Urkunden übernahm.

Von der Wildsalami bis zum Rosmarinschinken: Die Freiwillige Selbstkontrolle zeige eindrücklich, welche Bandbreite von Produkten das Fleischerhandwerk im Land anbiete, betonte Alexander Zeitler, Geschäftsführer des Landesverbands. „Was Ihr hereingereicht habt, war Spitze“, freute sich Zeitler.

Auf dem dritten Platz des Wettbewerbes der regionalen Produkte des Fleischerverbandes Rheinland-Rheinessen landete die Metzgerei Schneider GmbH aus Büchel. Den zweiten Platz teilten sich die Firma Bungert Mode, Lifestyle & Genuss oHG aus Wittlich und die Familien-Fleischerei Könen GmbH & Co.KG aus Saarburg. Ganz oben auf das Siegertreppchen schaffte es die Eifelmetzgerei Willi Karst GmbH aus Uersfeld. **AS**

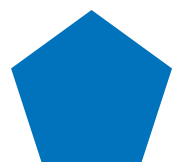


Vorne von links nach rechts: Landesinnsungsmeisterin Dagmar Groß-Mauer, Vertreter der Siegermetzgerei Eifelmetzgerei Willi Karst GmbH aus Uersfeld, Staatssekretärin Daniela Schmitt und Geschäftsführer Alexander Zeitler. Hinten: die zweitplatzierte Familien-Fleischerei Könen GmbH & Co. KG aus Saarburg und die drittplatzierte Metzgerei Schneider GmbH aus Büchel

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de



BerufsCheck
Verdienst-Dauer-Anforderungen

Der BerufsCheck gibt Infos über

130 Ausbildungsberufe mit

- Verdienstmöglichkeit**
- Dauer**
- Anforderungen**

Deine Ausbildung im Handwerk



© Serhiv Kryuchenko/stockphoto.com

www.handwerksblatt.de/berufscheck